

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
(10. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Friedrich Ostendorff, Cornelia Behm,
Harald Ebner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/12056 –**

Für eine neue Haltung – Artgerecht statt massenhaft

A. Problem

Die Intensivtierhaltung in Deutschland hat nach Darstellung der Antragsteller eine Dimension erreicht, deren Auswirkungen ihrer Ansicht nach von der Gesellschaft nicht länger akzeptiert werden. Die ökologischen und sozialen Folgekosten dieser Form der Tierhaltung werden nach Ansicht der Antragsteller nicht „an der Ladentheke“ beglichen. Um die Ernährungssouveränität und die ländlichen Räume zu stärken, das Klima zu schützen, die biologische Vielfalt zu erhalten sowie das Wasser und den Boden zu schonen, muss nach Darlegung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das „System der Agrarindustrie“ überwunden werden.

Mit dem Antrag auf Drucksache 17/12056 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, die Agrarpolitik auf die Förderung einer ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltigen Landwirtschaft und Tierhaltung auszurichten und dazu unter anderem im Rahmen der Verhandlungen um den Mehrjährigen Finanzrahmen der EU und der Reform der europäischen Agrarpolitik für ein ambitioniertes Greening mit den drei von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Komponenten Fruchtfolge, Grünlanderhalt und ökologische Vorrangflächen sowie für ein wirkungsvolles, den Arbeitskraftbedarf berücksichtigendes Modell für Degression und Kappung einzutreten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/12056 abzulehnen.

Berlin, den 20. März 2013

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Friedrich Ostendorff
Stellvertretender Vorsitzender
und Berichterstatter

Dieter Stier
Berichterstatter

Heinz Paula
Berichterstatter

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatterin

Alexander Süßmair
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dieter Stier, Heinz Paula, Dr. Christel Happach-Kasan, Alexander Süßmair und Friedrich Ostendorff

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/12056** in seiner 216. Sitzung am 16. Januar 2013 beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Intensivtierhaltung in Deutschland hat nach Darstellung der Antragsteller eine Dimension erreicht, deren Auswirkungen ihrer Ansicht nach von der Gesellschaft nicht länger akzeptiert werden. Die ökologischen und sozialen Folgekosten dieser Form der Tierhaltung werden nach Ansicht der Antragsteller nicht „an der Ladentheke“ beglichen. Die Bundesregierung nimmt nach Ansicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihre Verantwortung, die laut Antragsteller eklatanten Fehlentwicklungen und Folgeprobleme dieser Tierhaltung zu beheben, nicht wahr.

Um die Ernährungssouveränität und die ländlichen Räume zu stärken, das Klima zu schützen, die biologische Vielfalt zu erhalten sowie das Wasser und den Boden zu schonen, muss nach Darlegung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das „System der Agrarindustrie“ überwunden werden. Die richtige Antwort auf diese Herausforderungen ist nach Ansicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine bäuerliche bzw. ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltige Landwirtschaft mit regional angepasster Größenstruktur und artgerechter Tierhaltung.

Hierzu bedarf es nach Darstellung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der richtigen politischen Rahmenseetzungen in Deutschland wie auch auf europäischer Ebene. Im Rahmen der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) muss nach Ansicht der Antragsteller das Prinzip „Öffentliches Geld für öffentliche Güter“ mit einem ambitionierten Greening, einer wirksamen Degression und Kappung sowie einer starken zweiten Säule der GAP konsequent umgesetzt werden.

Mit dem Antrag auf Drucksache 17/12056 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden,

1. die Agrarpolitik auf die Förderung einer ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltigen Landwirtschaft und Tierhaltung auszurichten und dazu unter anderem
 - im Rahmen der Verhandlungen um den Mehrjährigen Finanzrahmen der EU und der Reform der europäischen Agrarpolitik für ein ambitioniertes Greening mit den drei von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Komponenten Fruchtfolge, Grünlanderhalt und ökologische Vorrangflächen sowie ein wirkungsvolles, den Arbeitskraftbedarf berücksichtigendes Modell für Degression und Kappung einzutreten,

- sich für eine starke zweite Säule einzusetzen und weder eine überproportionale Kürzung der zweiten Säule gegenüber der ersten Säule noch die Möglichkeit der Umschichtung von Finanzmitteln aus der zweiten in die erste Säule mitzutragen,
 - in Abstimmung mit den Bundesländern die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz auf Maßnahmen zur Förderung der artgerechten, flächengebundenen Tierhaltung, des ökologischen Landbaus, des Schutzes von Klima, Umwelt und Biodiversität sowie des Ausbaus von regionalen Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen zu konzentrieren und die Regelförderung für Stallerweiterungen abzuschaffen;
2. politische Leitplanken für eine nachhaltige, artgerechte und flächengebundene Tierhaltung zu schaffen und dazu unter anderem
 - die Privilegierung von Tierhaltungsanlagen im Baugesetzbuch auf landwirtschaftliche Betriebe, die mehr als 50 Prozent des Futters auf eigenen Flächen erzeugen, zu begrenzen und Intensivtierhaltungsanlagen, die eine förmliche Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz benötigen, sowie Gemeinden mit hohen Tierbesatzdichten generell von der Privilegierung auszuschließen,
 - die immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren für Tierhaltungsanlagen zu verschärfen und die Öffentlichkeitsbeteiligung im Genehmigungsverfahren zu verbessern, um Mensch und Umwelt besser vor Belastungen zu schützen,
 - für jede landwirtschaftlich genutzte Tierart eine Tiererschutz-Nutztierhaltungsverordnung zu erlassen bzw. die bestehenden zu überarbeiten, um ausreichend Platz, Auslauf, Beschäftigungsmaterial und Licht sowie artgerechtes Futter verpflichtend vorzuschreiben und somit gute Haltungsbedingungen für die Tiere zu schaffen;
 3. Information und Entscheidungsfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher zu stärken und dazu unter anderem
 - eine umfassende Tierhaltungskennzeichnung für alle Lebensmittel einzuführen, damit die Konsumenten auf einen Blick erkennen können, wie die Tiere gehalten wurden; es muss außerdem immer erkennbar gemacht werden, wenn Zutaten oder Verarbeitungshilfsstoffe tierischen Ursprungs in Lebensmitteln enthalten sind oder bei deren Herstellung eingesetzt wurden,
 - sich auf europäischer Ebene für eine Ausweitung der Gentechnik-Kennzeichnung auf tierische Produkte, die mit GVO-Futter erzeugt wurden, einzusetzen,
 - die gentechnikfreie Erzeugung von Futter- und Lebensmitteln im In- und Ausland zu unterstützen, insbesondere durch eine bundesweite Kampagne zur Bekanntmachung des Qualitätssiegels „ohne Gentechnik“.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat in seiner 95. Sitzung am 27. Februar 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/12056 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 89. Sitzung am 20. Februar 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/12056 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 17/12056 in seiner 90. Sitzung am 20. März 2013 abschließend ohne Debatte beraten. Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Berlin, den 20. März 2013

Dieter Stier
Berichtersteller

Heinz Paula
Berichtersteller

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatlerin

Alexander Süßmair
Berichtersteller

Friedrich Ostendorff
Berichtersteller